**Deutscher Bundestag** **Drucksache 15/1190**

**15. Wahlperiode** 23. 06. 2003

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (18. Ausschuss)

## zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Jochen Borchert, Dr. Ralf Brauksiepe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
## – Drucksache 15/923 –

## zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

## Zukunft sichern – Globale Armut bekämpfen

### A. Problem

Nach der Auffassung der Antragsteller wird die Bundesregierung den Herausforderungen, vor denen die Entwicklungspolitik steht, nicht gerecht. Sie soll deshalb aufgefordert werden, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit quantitativ und qualitativ zu stärken.

Hierzu gehört insbesondere eine Reform der Schwerpunkte und Handlungsabläufe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, eine stärkere Einflussnahme und Koordination im Rahmen der multilateralen Entwicklungskooperation, eine stärkere außenpolitische Rückendeckung für die Entwicklungspolitik und die institutionelle und finanzielle Stärkung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

### B. Lösung

**Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

### C. Alternativen

Annahme des Entschließungsantrags.

### D. Kosten

Wurden nicht ermittelt.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag – Drucksache 15/923 – abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2003

**Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

| | | |
|---|---|---|
| **Rudolf Kraus**<br>Vorsitzender | **Karin Kortmann**<br>Berichterstatterin | **Dr. Christian Ruck**<br>Berichterstatter |
| | **Thilo Hoppe**<br>Berichterstatter | **Markus Löning**<br>Berichterstatter |

# Bericht der Abgeordneten Karin Kortmann, Dr. Christian Ruck, Thilo Hoppe und Markus Löning

## I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag – Drucksache 15/923 – in seiner 43. Sitzung am 8. Mai 2003 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben den Entschließungsantrag am 4. Juni 2003 beraten und jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt. Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 16. Sitzung am 4. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags zu empfehlen.

## II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, sie habe den Entschließungsantrag als Diskussionsangebot und als Plädoyer für die Entwicklungspolitik eingebracht. Der Antrag stelle eine effiziente Reorganisation der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ebenso zur Diskussion wie die der internationalen Zusammenarbeit. Er hinterfrage die regionale wie auch die sektorale Schwerpunktsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit. Gefordert sei ein starkes Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit möglichst vielen Kompetenzen. Zwischen Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik müsse eine bessere Verzahnung stattfinden. Die Entwicklungspolitik brauche Verbündete etwa in den Bereichen Wirtschaft oder Wissenschaft. Entscheidend sei eine überzeugende Entwicklungspolitik im Sinne der Entwicklungsländer. Die Entwicklungspolitik werde nicht durch hehre Ziele und Erklärungen, sondern nur durch überzeugende Konzeptionen und Maßnahmen glaubhaft.

Die **Fraktion der SPD** entgegnete, der Forderungskatalog der Union beschreibe Sachverhalte, die in der Entwicklungszusammenarbeit längst erkannt, auf gutem Wege oder bereits umgesetzt seien. Dies gelte etwa für die stärkere Verzahnung der einzelnen Politikbereiche oder im Hinblick auf die Stellung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Andererseits seien konkrete Ansätze zu vermissen, etwa mit Blick auf die Millenniums-Erklärung, die Strategien zur Armutsreduzierung oder die Gewährung von Handelserleichterungen für die Entwicklungsländer. Der Entschließungsantrag werde deshalb seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ergänzte, im vorliegenden Entschließungsantrag gebe es einige Widersprüche, wie etwa zwischen der Beschreibung der Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe einerseits und andererseits der Forderung, alle entwicklungspolitischen Programme in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu überführen. Die vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in diesem Bereich, insbesondere durch die Unterstützung der durch die FAO geleisteten Arbeit, sei sehr hoch einzuschätzen. Dieser Teil der Entwicklungszusammenarbeit sollte nicht in das BMZ eingegliedert werden. Der Bereich der internationalen Strukturpolitik komme im vorliegenden Antrag deutlich zu kurz.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, im Entschließungsantrag sei viel Gutes und Richtiges zu finden, insbesondere was die Verzahnung der unterschiedlichen Politikbereiche angehe. Die Union scheue jedoch vor der logischen Konsequenz, nämlich der Zusammenlegung von Auswärtigem Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zurück.

Berlin, den 4. Juni 2003

| **Karin Kortmann** | **Dr. Christian Ruck** | **Thilo Hoppe** | **Markus Löning** |
|---|---|---|---|
| Berichterstatterin | Berichterstatter | Berichterstatter | Berichterstatter |



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333